

Unterrichtung
(zu Drs. 16/4791 und 16/4991)

Der Präsident
des Niedersächsischen Landtages
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 17.07.2012

Gute Arbeit - faire Arbeitsbedingungen und tarifgebundene Arbeitsplätze im Bereich sozialer Arbeit durchsetzen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/4791

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration - Drs. 16/4991

Der Landtag hat in seiner 141. Sitzung am 17.07.2012 folgende Entschließung angenommen:

Angemessene und leistungsgerechte Vergütung für Beschäftigte im Bereich der sozialen Berufe

Eine leistungsfähige, tarifgerecht bezahlte und unter fairen Bedingungen zu leistende soziale Arbeit ist eine Säule unseres demokratischen Sozialstaats. Der Landtag erkennt das hohe Engagement und die Professionalität der im Bereich der sozialen Berufe Beschäftigten an.

Der Bereich sozialer Arbeit, einschließlich der Gesundheits- und Pflegewirtschaft, ist darüber hinaus eine boomende Arbeitsmarktbranche, die insbesondere in den niedersächsischen Regionen eine wachsende ökonomische und arbeitsmarktstabilisierende Bedeutung hat.

Der Landtag begrüßt ausdrücklich die bisherigen Anstrengungen der Bundes- und Landesregierung für eine angemessene und leistungsgerechte Vergütung für Beschäftigte in Sozialberufen. Beispielsweise hat die Landesregierung im November 2011 mit den Pflegekassen, den kommunalen Spitzenverbänden, den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege und den privaten Pflegeanbietern den Pflegepakt geschlossen. Die Partner des Pflegepakts haben in diesem Rahmen klargestellt, dass Tarifgehälter bei den Pflegesatzverhandlungen zu berücksichtigen sind. Damit wurden diejenigen, die sich in einer Region mit unterdurchschnittlichen Pflegesätzen befinden, explizit dazu aufgefordert, Pflegesatzverhandlungen durchzuführen.

Ferner wird auch in der Begründung zum geplanten Pflege-Neuausrichtungsgesetz in Anlehnung an die Rechtsprechung ausdrücklich darauf verwiesen, dass die Zahlung von Tariflöhnen einer wirtschaftlichen Betriebsführung entspricht.

Der Landtag bittet die Landesregierung, ihr Engagement für eine angemessene und leistungsgerechte Vergütung für Beschäftigte im Bereich sozialer Berufe durch Tarifverträge fortzusetzen.